

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Umlenkung von Investitionen auf die Grundstoffindustrien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Umlenkung von Investitionen auf die Grundstoffindustrien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 9, pp. 10-11

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131373>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Umlenkung von Investitionen auf die Grundstoffindustrien

Von unserem Bonner Korrespondenten

Seit über einem Jahr ist Kohle in Deutschland knapp. Das hat einen Engpaß ergeben, der nach und nach alle weiterverarbeitenden Industrien ergriffen hat und zu Produktionsstockungen und -rückschlägen führte. Als man diese Gefahr Anfang des Jahres erkannte, versuchte der Gemeinschaftsausschuß der gewerblichen Wirtschaft durch eine „freiwillige Selbsthilfe der deutschen Wirtschaft“ das benötigte Investitionskapital aufzubringen. Diese Bemühungen endeten nach einem halben Jahr mit einem allgemeinen Gezerre der Unternehmer, um aus mehr oder weniger triftigen Gründen von der Aufbringungsumlage ausgenommen zu werden.

Daraufhin brachte die Regierung kurz vor den Parlamentsferien einen den Vorschlägen der Industrie entsprechenden Gesetzentwurf ein, den sie innerhalb 14 Tagen angenommen wissen wollte. Während die CDU, den Gesetzentwurf im Interesse der empfangenden Kohle- und Eisenwirtschaft unbeschoren annehmen wollte, setzten sich in der FDP, Tendenzen der umlagepflichtigen weiterverarbeitenden Industrien durch, die erklärten, die Umlage nicht aufbringen zu können. Die Opposition wollte erst Einzelheiten wissen, ehe sie sich entschied. Der Bundesrat legte nach seinen Beratungen bereits einen weitgehend geänderten Gesetzesvorschlag vor. Die Folge war eine Vertagung bis nach den Parlamentsferien.

Kampf mit der Ruhrbehörde

Während der Ferien machte der Vizekanzler Blücher verzweifelte propagandistische Anstrengungen, die Ruhrbehörde für die Kohlenknappheit verantwortlich zu machen. Die Ruhrbehörde fordert 6,2 Mill. t Export für $\frac{1}{4}$ Jahr. Etwa 5,7 Mill. t Kohlenexport sind ausfuhrwichtig, um ebenso wichtige Nahrungsmittel und industrielle Rohstoffe zu erhalten, und entsprechen etwa dem

traditionellen deutschen Kohlenexport. In den Verhandlungen sind die Deutschen auf ein Angebot von 5,7 Mill. t hinauf-, die Alliierten auf 6 Mill. t heruntergegangen. Der Unterschied von 300 000 t im Vierteljahresexport — das ist weniger als eine Tagesförderung — war unüberwindlich. Die Gesamtausfuhr auf Anforderung der Ruhrbehörde betrug 1950 21,9 Mill. t, in diesem Jahr etwa 21,3 Mill. t. Den jetzigen Kohlenmangel auf übersteigerte Forderungen der Ruhrbehörde zurückzuführen, geht also an den Tatsachen vorbei. Bemerkenswert sind vielmehr die politischen Erfahrungen dieses Streites: Das Ausland ist nicht bereit, den inzwischen gestiegenen industriellen deutschen Eigenverbrauch an Kohle zu berücksichtigen und den deutschen Hausbrandbedarf in derselben Höhe wie im Ausland anzuerkennen, und es ist nicht bereit, für deutsche Kohle die höheren Weltmarktpreise zu zahlen.

Mißverhältnis der Investitionen

Die Kohlenknappheit trat dadurch ein, daß die verbrauchenden Industrien, finanziert durch freie Preise, die faktisch durch Warenknappheit überhöht waren, ihre Produktion schneller erweiterten, als der Kohlenbergbau. Heute ist die Leistungsfähigkeit der Konsumindustrien schätzungsweise 40 % höher als die der Kohle- und anderer Grundindustrien. Dieses Mißverhältnis verführt manche Kritiker dazu, von großen Fehlinvestitionen zu sprechen. Das Urteil ist verfrüht. Die heutige Leistungsfähigkeit der Konsumindustrie ermöglichte dem deutschen Volk bei voller Ausnutzung einen etwa friedensmäßigen Lebensstandard. Nur die Aufbauphasen der verschiedenen Industrien sind derartig verschoben, daß die Ausnutzung der Kapazitäten wegen mangelnder Leistung der Grundindustrien verhindert wird.

Die andere oft gehörte Schlußfolgerung ist, man habe die Frei-

gabe der Preise für die Grundindustrien versäumt. Durch Freigabe der Grundstoffpreise hätte der Marktmechanismus das nötige Investitionskapital auch in diese Wirtschaftszweige gelenkt. Weshalb hat der Wirtschaftsminister, dessen theoretische Vorstellungen doch extrem in die Richtung der Preisfreigaben gehen (Preise als einziger Regulator des Marktes) diesen Schritt nicht getan? Offenbar weil es eine Preissteigerung auf der ganzen Linie ergeben hätte, die die sozialen Spannungen unerträglich gemacht und die deutsche Konkurrenzfähigkeit im Ausland vernichtet hätte.

Notwendiges Investitionsvolumen zur Überwindung der Engpässe

Aber der Kohlenengpaß, dessen Überwindung für die nächsten drei Jahre je etwa 600 Mill. DM Investitionen erfordert, überdeckt nur einige weitere Engpässe, die sofort bei steigender Kohleförderung sichtbar würden. Vor allem die eisenschaffende Industrie ist an der Grenze ihrer jetzigen Leistungsfähigkeit infolge der Demontagen und Produktionsbeschränkung. Ihr Nachholbedarf wird für die nächsten drei Jahre auf je etwa 220 Mill. DM geschätzt. Dabei ist die Frage durchaus ungeklärt, ob die Hohe Behörde des Schuman-Plans diesen Ausbau zuläßt oder Deutschland auf den Weg der Eiseneinfuhren verweist.

Z. Zt. weniger nach außen sichtbar, aber ebenso dringend sind außerdem Investitionen für die Energiewirtschaft und die Bundesbahn von je 600 Mill. DM und für den Seeschiffbau und die Wasserwirtschaft von je 250 Mill. DM für die nächsten Jahre. Das gibt einen ungedeckten Investitionsbedarf von jährlich ca.:

Bergbau	600 Mill. DM
Eisenschaffende Industrie	200 Mill. DM
Bundesbahn	600 Mill. DM
Energie	600 Mill. DM
Schiffbau	250 Mill. DM
Wasserwirtschaft	250 Mill. DM
	<hr/>
	2500 Mill. DM



HAMBURGER KREDITBANK

FROHER

DRESDNER BANK

HAMBURG 36 · JUNGFERNSTIEG 22



Hierbei wird noch unterstellt, daß das Wohnungsbauprogramm nicht nur auf dem Papier gesichert ist und die Landwirtschaft durch die Preissteigerung ihrer Produkte die erforderliche Rationalisierung selbst finanziert. Nicht berücksichtigt ist dabei eine nachhaltige Arbeitsbeschaffung in den Krisengebieten entlang des eisernen Vorhangs. Hierfür veranschlagt ein Artikel im „Volkswirt“ vom 3. August d. J. 1 Mrd. DM, um 100 000 Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Vorstellung mancher „Planer“ geht dahin, die Investitionen punktuell anzusetzen, um von dort aus die allgemeine Belebung zu erreichen. Diese Möglichkeit ist nur in primitiven Wirtschaftsformen vorhanden, in denen aus dem Nichts heraus ein Anfang gemacht werden muß wie s. Zt. in Rußland, Jugoslawien oder im zum wirtschaftlichen Stillstand gekommenen Nachkriegsdeutschland von 1946. Heute ist unsere Wirtschaft zum Glück wieder so fein verwoben, daß einseitige Maßnahmen nur neue Löcher ins Netz reißen.

Aufbringung der Mittel

Die im Gesetzentwurf insgesamt geforderte 1 Mrd. DM mutet gegenüber diesen Notwendigkeiten wie ein Tropfen auf einen heißen Stein an. Vor allem die Beteuerung, es handle sich um eine einmalige Aktion. Diese Zusicherung kann nur als taktisches Zugeständnis an die Widersacher des Planes gewertet werden. Einigkeit herrscht jedoch darüber, dieses Kapital nur umzuverteilen und es der abgabepflichtigen Industrie bei einer angemessenen Verzinsung voll zu erhalten.

Bei Festsetzung der aufzubringenden Summe ist auch die Leistungsfähigkeit der aufbringenden Industrie zu würdigen. Die Investitionen der letzten Jahre werden auf etwa jährlich 15 Mrd. DM geschätzt. Dabei sind Ersatz-, Reparatur- und Neuinvestitionen in der Periode des

Wiederaufbaues nach der Währungsreform kaum zu unterscheiden gewesen. Diese ist jetzt ziemlich abgeschlossen, und eine Abgrenzung ist wieder möglich. Wenn man 1951 die Neuinvestitionen mit 6 Mrd. DM, also der knappen Hälfte der Gesamtinvestitionen ansetzt, kann es als vorsichtig gelten. Hiervon mindestens $\frac{1}{3}$ von den privatwirtschaftlich profitablen zu den gesamtwirtschaftlich notwendigen Investitionen umzulenken, erscheint nicht als eine von vornherein unmögliche Aufgabe, wobei die Kontinuität dieser Leistungen über mehrere Jahre noch wichtiger erscheint, als die einmalige Höhe.

Kuratorium . . .

Zur Verwaltung und Verteilung der einkommenden Beträge ist ein Kuratorium vorgesehen. Zusammensetzung und Aufgabenstellung zeigen deutlich ein Übergewicht des Unternehmensverbandes, der die ganze Aktion als eine interne Maßnahme „der Wirtschaft“ ansieht. Das Kuratorium soll aus 5 Unternehmer-, 3 Gewerkschafts- und 3 lediglich beratenden Regierungsvertretern bestehen. Nach den Richtlinien des Wirtschaftsministers hat dieses Kuratorium die Investitionsbeträge an die begünstigte Industrie zu verteilen. Diese gibt dafür vorwiegend Aktien, außerdem Hypotheken oder Grundschulden an das Kuratorium, welches diese Wertpapiere an die umlagepflichtige Industrie weiterleitet. Zur Abwicklung dieser Transaktion bedient sich das Kuratorium der Banken.

Auf diesem Wege wird die verarbeitende Industrie zum Teilhaber und Gläubiger der Grundindustrie. Eine Entwicklung, die man volkswirtschaftlich als unerwünscht bezeichnen muß, weil hierdurch neue Abhängigkeitsverhältnisse in der Wirtschaft geschaffen werden. Besonders bedenklich ist, daß nicht alle Wertpapiere der Grundindu-

strie wegen der verschiedenen Rentabilität der Werke den gleichen inneren Geschäftswert repräsentieren. Deshalb werden die Gläubiger mit diesen Papieren verschieden gut bedient.

. . . oder Investmentinstitut

Vernünftiger erscheint es deshalb, statt des Kuratoriums ein öffentlich-rechtliches Institut zu bilden, das für die eingehenden Beträge festverzinsliche Obligationen ausgibt, die Hergabe der Investitionsmittel seinerseits gegen feste Verzinsung vornimmt und zur Kreditsicherung Aktien, Hypotheken usw. hereinnimmt. Nur so scheint eine Übervorteilung eines Teiles der Gläubiger ausgeschlossen.

Der Gesetzentwurf sieht leider auch keine ausreichenden Möglichkeiten zur Prüfung der Kreditnehmer vor. Ist es doch heute so, daß z. B. die dekartellierten Eisenhütten ihre Gewinne durch Sonderabatte an die pro forma selbständig gewordenen Handelsgesellschaften abgeben. Da diese verselbständigten Handelsfirmen aber de facto noch zu den Hütten gehören und größtenteils die frühere Geschäftsleitung behalten haben, horten diese die Gewinne im Vertrauen auf eine spätere Wiedereingliederung. Dadurch erscheinen die Hütten heute kapitalbedürftig und spekulieren auf billige Kredite. Derartige Praktiken würden die ganze Hilfe illusorisch machen. Es ist Aufgabe des Kuratoriums oder Instituts, Bedürftigkeit und Verwendung zu überprüfen.

Die Investitionshilfe ist eine außergewöhnliche Tat; aber entschließt sich die Wirtschaft nicht zu diesem außerordentlichen Schritt der Investitionsumlenkung, so läßt sie ihre gegenwärtigen relativen Überinvestitionen zu Fehlinvestitionen werden. Das Produktionsniveau läßt sich auf die Dauer nicht über dem Niveau der Grundindustrien halten. (kb)